

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Herr Knoth
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1031
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 02.05.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 18. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 28.04.2008,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 17:35 - 21:17 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe

Herr Diedrich Backhaus

Frau Anja-Verena Helmchen

Herr Dieter Gail

(in Vertretung für Stv. Dr. Braun)

Herr Klaus Peter Möller

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser

Ausschussvorsitzende

Herr Rolf Krieger

Herr Gerhard Merz

(bis 20:25 Uhr)

Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

(ab 17:53 Uhr)

Herr Christian Otto

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

(ab 17:45 Uhr)

Außerdem:

Frau Dorothe Küster

CDU-Fraktion

(bis 19:55 Uhr)

Herr Dr. Johannes Dittrich

CDU-Fraktion

(bis 19:55 Uhr)

Herr Michael Oswald

CDU-Fraktion

(bis 19:55 Uhr)

Frau Christine Wagener	CDU-Fraktion	(bis 19:55 Uhr)
Herr Wolfgang Bellof	SPD-Fraktion	(bis 19:10 Uhr)
Frau Dietlind Grabe-Bolz	SPD-Fraktion	(bis 20:40 Uhr)
Frau Eva Janzen	SPD-Fraktion	(bis 19:40 Uhr)
Frau Renate Schlotmann	SPD-Fraktion	(bis 18:15 Uhr)
Herr Andreas Walldorf	SPD-Fraktion	(von 17:50 bis 20:15 Uhr)
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion B'90/Die Grünen	
Herr Johannes Zippel	FW-Fraktion	(bis 20:25 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	(von 17:50 bis 20:35 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 20:10 Uhr)
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	(bis 19:55 Uhr)
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Lars Burkhard Steinz	Dezernat I	
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	(bis 20:40 Uhr)
Frau Petra Cremer	Stadtplanungsamt	(bis 19:55 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer	
-------------------	-------------	--

Gäste/Sachverständige:

Herr Mario Hägele	Architekt und Lichtplaner	(bis 19:55 Uhr)
-------------------	---------------------------	-----------------

Entschuldigt:

Herr Dr. Helge Reinhold Braun	CDU-Fraktion	
-------------------------------	--------------	--

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, bittet, die Tagesordnungspunkte „Berichts Antrag zu den Magistratsgehältern“ (STV/1642/2008), „Neueingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats“ (STV/1660/2008) und „Entwicklung der Gießen Marketing GmbH“ (STV/1659/2008) in der Beratungsfolge vorzuziehen, da er sowie Mitglieder des Magistrats aus terminlichen Gründen die Ausschusssitzung vorzeitig verlassen müssten.

Die **Vorsitzende** schlägt vor, die genannten Tagesordnungspunkte nach TOP 3 „Landesgartenschau 2014“ zu platzieren.

Dies findet allgemeine Zustimmung.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung werden nicht geäußert. Sie wird in der nachfolgenden Form genehmigt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Vorstellung eines innerstädtischen Beleuchtungskonzeptes
3. Landesgartenschau 2014; STV/1621/2008
hier: Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung der Landesgartenschau 2014 in Gießen, über den städtischen Zuschuss für Maßnahmen des Durchführungshaushaltes sowie der Mittelbereitstellung für 2008
- Antrag des Magistrats vom 03.04.2008 -
4. Berichtsantrag zu den Magistratsgehältern STV/1642/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 13.04.2008 -
- 4.1. Neueingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats der Universitätsstadt Gießen STV/1660/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -
5. Entwicklung der Gießen Marketing GmbH STV/1659/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -
6. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 65 - STV/1615/2008
- Antrag des Magistrats vom 31.03.2008 -
7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 66 - STV/1616/2008
- Antrag des Magistrats vom 01.04.2008 -
8. Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2007 bis 10.000,00 EUR STV/1625/2008
- Antrag des Magistrats vom 07.04.2008 -

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 9. | Bedingungen der Stadt Gießen zur Veräußerung von Grundstücken zum Zwecke der Wohn- und Gewerbebebauung
- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 - | STV/1636/2008 |
| 10. | Dach-Café
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1643/2008 |
| 11. | Antrag zur Formulierung der Tagesordnungspunkte in nicht öffentlichen Sitzungen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1652/2008 |
| 12. | Fortschreibung des Frauenförderplans
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1653/2008 |
| 13. | Stadtwerke Gießen GmbH - Personalüberleitungsvertrag
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1657/2008 |
| 14. | Nutzungs- und Vergabe-Konzept für die Kunsthalle und den Konzertsaal im neuen Rathaus
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 - | STV/1662/2008 |
| 15. | Ergänzung Stellplatzsatzung
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 - | STV/1663/2008 |
| 16. | Nachhaltiges Beschaffungswesen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.04.2008 - | STV/1664/2008 |
| 17. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Vorstellung eines innerstädtischen Beleuchtungskonzeptes

Die **Vorsitzende** begrüßt den Architekten und Lichtplaner Mario Hägele und bittet ihn, das von ihm erarbeitete Konzept zur innerstädtischen Beleuchtung Gießens vorzustellen.

Herr Hägele bedankt sich für die Einladung. Mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation stellt er eine Ist-Analyse sowie ein Rahmenkonzept für eine Innenstadtbeleuchtung in Gießen vor. Er beziffert die Kosten für die Umsetzung des Konzeptes im Seltersweg vom Selterstor bis zum Kreuzplatz – ohne Erdarbeiten – auf circa 85.000 €. Er legt dar, dass durch die vorgesehene Beleuchtung der Energiebedarf wesentlich gesenkt werden könnte, und zwar von derzeit 1,36 kw/qm auf 0,92 kw/qm, bei Nutzung einer Milieuschaltung gar auf 0,26 bis 0,30 kw/qm. Er gibt zu bedenken, dass auch durch eine Verbesserung des Reflektionsgrades des Bodenbelags, z.B. durch Verwendung heller Bepflasterung, der Energiebedarf reduziert werden könnte.

Im Anschluss an die Präsentation beantwortet **Herr Hägele** Fragen der Stadtverordneten Bellof, Scherer, Möller, Grabe-Bolz, Gail, Merz, Wagener, Küster, Dr. Speiser, Oswald und Walldorf. Dabei führt Herr Hägele aus, die Umsetzung des Konzeptes hänge von einer Grundsatzentscheidung der Stadt ab, auf die seit Juli 2007 gewartet werde. Auf der Basis der Grundsatzentscheidung für das Konzept könne eine Realisierung in Abschnitten erfolgen. Die Kosten für die Planung und Umsetzung in der gesamten Innenstadt schätze er grob auf 500.000 €, wiederum ohne die nur schwer kalkulierbaren Tiefbauarbeiten.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, mahnt eine baldige Entscheidung der Stadt an, damit eine Integrierung in andere Planungen, z.B. die Erneuerung des Kreuzplatzes und der Bahnhofsstraße, erfolgen kann.

Herr Ebert, Sprecher des BID Seltersweg bekundet ebenso wie **Herr Vordemfelde**, Schatzmeister des BID Seltersweg, den Wunsch, die Angelegenheit voranzubringen und sagt neben der finanziellen Leistungen des BID auch die Unterstützung bei den Verhandlungen mit den betroffenen Hauseigentümern zu.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden sagt **Herr Hägele** zu, den Fraktionen sein Konzept sowohl als Heft wie auch in Dateiform zur Verfügung zu stellen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, fragt den Magistrat und die Vertreter der Koalition, wann mit einer Vorlage in der Sache gerechnet werden kann und bietet die Mitwirkung der SPD-Fraktion an.

Stv. Möller, Scherer und **Dr. Deetjen** antworten, dies könne geschehen, sobald der Meinungsbildungsprozess unter Auswertung aller vorliegenden Informationen abgeschlossen sei. Ein Datum könne noch nicht genannt werden.

Abschließend bedankt sich die **Vorsitzende** bei Herrn Hägele für seine Ausführungen.

Es erfolgt eine Sitzungspause von 19:55 bis 20:00 Uhr.

3. **Landesgartenschau 2014;** **STV/1621/2008**
hier: Entscheidung zur Vorbereitung und Durchführung
der Landesgartenschau 2014 in Gießen, über den
städtischen Zuschuss für Maßnahmen des
Durchführungshaushaltes sowie der Mittelbereit-
stellung für 2008
- Antrag des Magistrats vom 03.04.2008 -
-

Antrag:

- "1. Der Magistrat wird die Vorlage zur Vorbereitung und Durchführung der LGS 2014 in Gießen bei der Fördergesellschaft Landesgartenschauen einreichen und mit dieser einen Durchführungsvertrag abschließen.
2. Zur Vorbereitung des kurzfristig durchzuführenden Wettbewerbes unter Federführung von Landschaftsarchitekten und Städteplanern, ist eine Bearbeitungs- und Entscheidungsgrundlage, die auf der Machbarkeitsstudie fußt, zu erarbeiten. Für diese anstehenden vorbereitenden Aufgaben ist die Einrichtung einer eigenen Haushaltsstelle 'Landesgartenschau 2014' erforderlich. Für 2008 sind finanzielle Mittel in Höhe von 100.000 € notwendig. Die entsprechende außerplanmäßige Ausgabe wird genehmigt (s. Anlage).
3. Für die nichtinvestiven Maßnahmen des Durchführungshaushaltes ist ein städtischer Zuschuss von 2.600.000 € vorgesehen, der aus allgemeinen Haushaltsmitteln bereitzustellen ist.
4. Der Magistrat legt einen Gesamtkostenplan bis zum 3. Quartal 2009 vor. Der Kostenplan ist von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen."

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/Linke).

Die **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 4 und 4.1 zur gemeinsamen Beratung auf.

**4. Berichts Antrag zu den Magistratsgehältern
- Antrag der FW-Fraktion vom 13.04.2008 -**

STV/1642/2008

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung umfassend und detailliert über das Zustandekommen des Aufstiegs der Gehälter der hauptamtlichen Magistratsmitglieder in die nächst höhere Besoldungsgruppe zu berichten.“

Stv. Zippel, FW-Fraktion, begründet den Antrag kurz.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**4.1. Neueingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des
Magistrats der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -**

STV/1660/2008

Antrag:

„Durch Berichte in der heimischen Presse wurde bekannt -und auch mittlerweile vom Magistrat bestätigt -, dass die derzeitigen hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats als Folge vorgelegter Einwohnerzahlen (mit Stichtag 30. Juni 2008) in ihrer Eingruppierung gem. Bundesbesoldungsordnung um jeweils eine Stufe angehoben werden.“

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert, zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Aus welchen Rechtsvorschriften ergibt sich die Verpflichtung zur Vorlage von Einwohnerzahlen an den Regierungspräsidenten (oder ggf. an andere Stellen)
 - a) für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen
 - b) für die Festlegung der Eingruppierung der hauptamtlichen Magistratsmitglieder?
2. Zu welchen Stichtagen werden die jeweiligen Zahlen von wem ermittelt, an welchen Stichtagen müssen sie an den Regierungspräsidenten (oder ggf. an andere Stellen) weiter gegeben werden?
3. Wer ist für die Ermittlung der Zahl der außerhalb von Kasernen wohnenden Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte verantwortlich?
4. Bestanden seitens des Magistrats Bedenken bezüglich der Validität der konkret gemeldeten Zahlen, insbesondere hinsichtlich der tatsächlichen Zahl der in Gießen sich außerhalb von Kasernen aufhaltenden Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte?
5. Wer hat die Einwohnerzahlen wann an den Regierungspräsidenten weiter geleitet?
6. Aus welchen Rechtsvorschriften ergibt sich ein zwingender Zusammenhang aus den vorgelegten Stichtagszahlen und der Eingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats und wer legt fest, dass die Rechtsfolge der Höher-

- gruppierung eintritt?
7. War sich der Magistrat dieser Rechtsfolge bewusst als er die Einwohnerzahlen an den Regierungspräsidenten weiter geleitet hat und wurde der Regierungspräsident möglicherweise auf diesen Sachverhalt explizit hingewiesen?
 8. Wann wurde von wem mitgeteilt, dass aufgrund der vorgelegten Einwohnerzahlen eine Höhergruppierung stattfinden kann bzw. ggf. stattfinden muss?
 9. Besteht eine rechtliche Möglichkeit, die Rechtsfolge der Höhergruppierung noch abzuwenden?
 10. Ab wann wird die Höhergruppierung, für den Fall ihrer Unabwendbarkeit, wirksam?
 11. Welche Mehrkosten bei der Besoldung werden durch die neue Eingruppierung pro Haushaltsjahr entstehen?
 12. Welche Mehrkosten werden für die gesamte Amtszeit der derzeitigen hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats entstehen (berechnet für den Fall, dass diese nur ihre derzeitige Amtszeit beenden und keine weitere stattfindet)?
 13. Welche Mehrkosten werden (ebenfalls abgestellt auf den unter 12. skizzierten Fall) zukünftig im Bereich der Versorgungsbezüge entstehen?“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, erläutert den Antrag.

Oberbürgermeister Haumann kündigt eine schriftliche Beantwortung der beiden Berichtsanträge für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung an.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**5. Entwicklung der Gießen Marketing GmbH STV/1659/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Bereits kurz nach ihrer Gründung ist die Gießen Marketing GmbH in Turbulenzen geraten, die durch Kontroversen um die Besetzung der Stelle des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin ausgelöst wurden. Diese Kontroverse hatte schwere Zerwürfnisse innerhalb eines Gesellschafters und zwischen den Gesellschaftern zur Folge.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten, zum nächstmöglichen Zeitpunkt umfassend der Stadtverordnetenversammlung über die aktuelle Lage und Zukunftsperspektiven der Gießen Marketing GmbH zu berichten.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags in wenigen Worten vor.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, weist die in dem Antrag enthaltenen Bewertungen zurück.

Oberbürgermeister Haumann kündigt einen Bericht für die Juni-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung an.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 65 - STV/1615/2008
- Antrag des Magistrats vom 31.03.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 2.2810040.940500 - Erweiterung der RHS - Ganztagsbetreuung - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

67.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 2.2300040.940330 - Dachsanierung Herderschule -.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 66 - STV/1616/2008
- Antrag des Magistrats vom 01.04.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 2.6650.055.955100 - Umgestaltung Berliner Platz/ Ludwigsplatz - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

50.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 2.6300.055.955270 - Grundhafte Erneuerung Steinerne Brücke -.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

8. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2007 bis 10.000,00 EUR** **STV/1625/2008**
- Antrag des Magistrats vom 07.04.2008 -
-

Antrag:

„Die beigefügte Auflistung der gemäß II.6 der Bemerkungen und Anweisungen zum Haushaltsplan genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2007 geben wir zur Kenntnis. Die einzelnen Vorgänge können auf Wunsch in der Kämmerei - Abt. Finanzwesen - eingesehen werden.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

9. **Bedingungen der Stadt Gießen zur Veräußerung von Grundstücken zum Zwecke der Wohn- und Gewerbebebauung** **STV/1636/2008**
- Antrag des Magistrats vom 08.04.2008 -
-

Antrag:

„Als Ziffer 1. wird nach der Überschrift folgender Text eingefügt:

„Die Universitätsstadt Gießen wendet die nachfolgenden Veräußerungsbedingungen in der Regel an. Der Magistrat ist ermächtigt, in geeigneten Ausnahmefällen ganz oder teilweise von ihnen abzuweichen.“

Stadtrat Dr. Kölb begründet die Vorlage mit einer in diesem Bereich geänderten Rechtsprechung und mit Wettbewerbsnachteilen, welche die Stadt Gießen durch die Strenge der Veräußerungsbedingungen in Verhandlungen mit möglichen Investoren haben könnte. Er sagt zu, dass die Verwaltung bei Abweichungen von den Veräußerungsbedingungen dies in den entsprechenden Vorlagen kenntlich machen werde.

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, entgegnet, die Ausführungen seien ihm zu unbestimmt dafür, wichtige Entscheidungen von der Stadtverordnetenversammlung zum Magistrat zu verlagern. Er sieht in der Sache noch Klärungsbedarf.

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, stellt den Antrag, den Antragswortlaut zu folgender Fassung zu ergänzen: „Die Universitätsstadt Gießen wendet die nachfolgenden Veräußerungsbedingungen in der Regel an. Der Magistrat ist ermächtigt, in geeigneten **und der Stadtverordnetenversammlung gegenüber begründeten** Ausnahmefällen ganz oder teilweise von ihnen abzuweichen.“

Herr Metz, Leiter des Rechtsamtes, weist daraufhin, dass sich die

Konkurrenzsituation zwischen Gießen und den Umlandgemeinden verschärft habe. Bei Verhandlungen mit potentiellen Investoren benötige der Magistrat mehr Flexibilität bei den Vertragsnebenbedingungen, insbesondere hinsichtlich des Wiederkaufrechtes und der Baugebotfrist.

Oberbürgermeister Haumann ergänzt, es lägen konkrete Fälle auf dem Tisch, bei denen es um Gewerbeansiedlung und Arbeitsplätze in der Stadt gehe.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die **Stadtverordneten Merz, Möller, Scherer** und **Gail**. Es wird zwischen der SPD-Fraktion und den Koalitionsfraktionen vereinbart, bis zur Stadtverordnetensitzung Gespräche mit dem Ziel einer Konsensfindung zu führen.

Beratungsergebnis:

Der Ergänzungsantrag der Linke.Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).

Der Magistratsvorlage wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/Linke).

**10. Dach-Café STV/1643/2008
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, in Absprache mit der Wohnbau GmbH zu berichten:

1. Wie konnte es geschehen, dass nach Angaben der Gießener Tagespresse der Pächter des Dach-Cafés mindestens ein Jahr keine Miete gezahlt hat?
2. Welche Kosten werden dadurch bei der Wohnbau zu verbuchen sein?
3. Wird insgesamt mit den Mietern der Wohnbau in der gleichen Weise umgegangen?

Die Beantwortung dieser Fragen liegt im Interesse der Steuerzahler.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).

**11. Antrag zur Formulierung der Tagesordnungspunkte in STV/1652/2008
nicht öffentlichen Sitzungen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Stadtverordnetenvorsteher wird gebeten, bei der Erstellung der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung die Tagesordnungspunkte genau und ausführlich zu

formulieren, welche er zur Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung vorsieht. Zum Beispiel sollte bei einer Ausfallbürgschaft oder bei einem Kredit der Adressat und der Umfang genannt werden. (Der erste Teil wurde bei der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung zum 6. 7. 2006 erfüllt.)“

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, erläutert, es gehe ihm um mehr Transparenz für die Bürger.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, weist daraufhin, dass die Erstellung der Tagesordnung in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und unter Berücksichtigung demokratischer Regeln zustande komme.

An der Diskussion beteiligen sich weiterhin die **Stadtverordneten Schirmer** und **Gail**.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/3 SPD/GR/FDP; Ja: Linke; StE: 1 SPD).

**12. Fortschreibung des Frauenförderplans STV/1653/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung die Fortschreibung des Frauenförderplanes für die Universitätsstadt Gießen vorzulegen.“

Beratungsergebnis: Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

**13. Stadtwerke Gießen GmbH - Personalüberleitungsvertrag STV/1657/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, an dem Personalüberleitungsvertrag zur sozialverträglichen Regelung der Rechtsformänderung der Stadtwerke Gießen festzuhalten.“

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, äußert, die Diskussion könne abgekürzt werden, wenn der Magistrat sage, er habe kein Interesse an der Änderung des Überleitungsvertrages.

Stadtrat Dr. Kölb entgegnet, der SPD-Antrag sei unzulässig, da gemäß § 73 HGO allein der Magistrat für Personalangelegenheiten zuständig sei. Er

erwähnt, der Personalüberleitungsvertrag sei damals von zwei hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats ohne die Ermächtigung durch ein städtisches Gremium unterzeichnet worden.

Stadtrat Dr. Kölb fügt hinzu, im Falle, dass sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem Antrag beschäftige, werde er den Oberbürgermeister auffordern, Widerspruch gegen den entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu erheben.

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, erläutert, der Vertrag sei bei der Umwandlung der Stadtwerke Gießen von einem Eigenbetrieb in eine Aktiengesellschaft geschlossen worden, um die Rechte der Bediensteten der Stadtwerke zu wahren.

Stadtrat Dr. Kölb äußert, der Vertrag enthalte eine Kündigungsfrist. Die Entscheidung über die Kündigung sei Sache des Magistrats.

Auf Frage des **Stv. Janitzki**, Linke-Fraktion, antwortet **Stadtrat Dr. Kölb**, Kündigungsfrist sei der 31.12.2007. Er sagt zu, den Vertrag den Fraktionen, die ihn nicht haben, zur Verfügung zu stellen.

Stv. Gail, CDU-Fraktion, gibt zu bedenken, dass der Stadtverordnetenvorsteher kein materielles Prüfungsrecht habe. Er schlägt deshalb vor, dass der Magistrat in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantragt, den SPD-Antrag aus rechtlichen Gründen von der Tagesordnung zu nehmen. Dann werde über diesen Absetzungsantrag abgestimmt.

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, betont, mit dem Antrag der SPD-Fraktion werde nicht in die Personalhoheit des Magistrates eingegriffen.

Auf Antrag des **Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, unterbricht die **Vorsitzende** die Sitzung von 21:03 bis 21:08 Uhr für eine Beratungspause.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung gibt **Stadtrat Dr. Kölb** zu Protokoll: „*Das habe ich vorhin gesagt, aber es scheint der eine oder andere nicht mitbekommen zu haben. Ich habe gesagt und dabei bleibe ich: Wenn dieser Antrag im Stadtparlament behandelt wird - mit welchem Ergebnis auch immer - werde ich den Oberbürgermeister auffordern, diesem Beschluss des Stadtparlamentes zu widersprechen.*“

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, kündigt an, dass sich die Koalitionsfraktionen wegen noch bestehendem Aufklärungsbedarf am heutigen Abend der Stimme enthalten werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/Linke; StE: CDU/GR/FDP).

14. Nutzungs- und Vergabe-Konzept für die Kunsthalle und den Konzertsaal im neuen Rathaus **STV/1662/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche Konzeption der Nutzung, dem Betrieb und der Vergabe von Kunsthalle und Konzertsaal im neu entstehenden Rathaus zugrunde liegt.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, diese Konzeption ggf. unverzüglich der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung noch vor Fertigstellung der Räume eine Nutzungs- und Vergabeordnung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Im Rahmen des Berichts sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Kunsthalle

- Welche Nutzungsschwerpunkte sind für die neu entstehende Kunsthalle - in Abgrenzung bzw. in Ergänzung zu anderen bestehenden Kunst-Ausstellungsräumen/-flächen - vorgesehen?
- Wer trifft die Entscheidung über die zu zeigenden Ausstellungen?
- Mit welchen Kooperationspartnern soll zusammen gearbeitet werden?
- Ist an eine Vergabe an Dritte gedacht und wenn ja zu welchen inhaltlichen und finanziellen Konditionen?
- Werden im Rathaus zukünftig auch wieder Ausstellungen ihren Platz haben, die früher im Rahmen der ‚Forum‘-Ausstellungen im Rathaus gezeigt wurden, also auch Fotografie, historische und politisch-thematisch ausgerichtete Ausstellungen etc. ?
- Wird der Ausstellungsbetrieb wie bisher von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Kulturamtes organisiert und durchgeführt?
- Werden auch weiterhin ältere Menschen im Rahmen des bewährten Programms ‚Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere‘ eingesetzt?

2. Konzertsaal

- Welche Nutzungsschwerpunkte sind für den neu entstehenden Konzertsaal - in Abgrenzung bzw. in Ergänzung zu anderen bestehenden Veranstaltungsräumen wie z. B. den Räumen der Kongresshalle, dem Netanya-Saal, dem Stadttheater, den Bürgerhäusern etc. - vorgesehen?
- Ist der Saal ausschließlich der Nutzung für musikalische Zwecke vorbehalten oder können dort auch Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen o. ä. durchgeführt werden?
- Wer legt die Schwerpunkte fest bzw. wer entscheidet über das Jahresprogramm und über die Vergabe im Einzelfall?
- Mit welchen Kooperationspartnern soll zusammen gearbeitet werden?

- Ist an eine Vergabe an Dritte gedacht und wenn ja zu welchen inhaltlichen und finanziellen Konditionen? Ist insbesondere eine kostengünstige Vergabe an Vereine, Verbände, Organisationen und Bürgergruppen vorgesehen, so wie dies gegenwärtig für die Kongresshalle, die Bürgerhäuser und den Netanya-Saal möglich ist?
- Wird der Veranstaltungsbetrieb wie bisher von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Kulturamtes organisiert und durchgeführt?
- Werden auch weiterhin ältere Menschen im Rahmen des bewährten Programms ‚Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere‘ eingesetzt?“

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

**15. Ergänzung Stellplatzsatzung STV/1663/2008
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Die Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Gießen soll um Abstellplätze für Fahrräder ergänzt werden. Dabei sollen auch Mindeststandards für die Qualität der Abstellplätze formuliert werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**16. Nachhaltiges Beschaffungswesen STV/1664/2008
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 14.04.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge prüfen, inwieweit das Prinzip der Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen der Stadtverwaltung erweitert werden kann. Es soll geprüft werden, für welche weiteren Bereiche des Einkaufs ökologische und faire Kriterien - unter Berücksichtigung des Vergaberechts und der Wirtschaftlichkeit (möglichst kostenneutral in der Gesamtrechnung eines Produktes) - angewendet werden können.“

Stv. Otto, Fraktion B´90/Die Grünen, trägt die Begründung des Antrags vor.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich **Stv. Sommer**, SPD-Fraktion, und **Stadtrat Dr. Kölb**.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

17. Verschiedenes

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des HFWR-Ausschusses am 09.06.2008, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h